

## Der Regierungsrat des Kantons Thurgau an den Grossen Rat

Frauenfeld, 21. Oktober 2014

798

GRG NR.	12	IN 17	224
---------	----	-------	-----

### Interpellation von Andrea Vonlanthen und Patrick Hug vom 26. Februar 2014 „Unzufriedenheit mit der ‚Thurgauer Zeitung‘“

#### Beantwortung

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat beantwortet die von den Interpellanten und 46 Mitunterzeichnern und Mitunterzeichnerinnen unterbreiteten Fragen wie folgt:

#### Frage 1

In seiner Medienmitteilung vom 15. April 2010 hat der Regierungsrat sein Bedauern darüber ausgedrückt, dass mit der Integration der Thurgauer Zeitung in die Tagblatt Medien in St. Gallen eine der beiden Thurgauer Tageszeitungen verschwindet. Er wertete den dadurch verbundenen Verlust der Medienvielfalt im Thurgau als höchst unerfreulich. Gleichzeitig drückte er die Hoffnung aus, dass die neue Tageszeitung für den Thurgau eine starke und selbständige Zeitung sein werde. Diese Hoffnung hat sich nicht in allen Teilen erfüllt. So ist der Umfang der regionalen Berichterstattung - wie von den Interpellanten in der Begründung aufgeführt - auf den 1. September 2013 reduziert worden, ebenso die Stellendotierung. Zudem ist der Redaktionsstandort Kreuzlingen aufgegeben worden. Seit dem 7. Juli 2014 ist die Zeitung zudem neu gegliedert, unter anderem sind die Bünde des Mantelteils von vier auf zwei reduziert und die Kulturseite Thurgau ist in die Tagblatt Gesamtausgabe integriert worden. Tagblatt Chefredaktor Philipp Landmark schrieb dazu in der Ausgabe vom 20. Juni 2014, dass die Neugestaltung zum Ziel habe, die Bedürfnisse der Leserschaft mit den Anforderungen an eine wirtschaftliche Zeitungsproduktion in Einklang zu bringen. Auslöser der Überarbeitung sei der Rückgang der Inserateseiten. Damit kommt zum Ausdruck, dass der Strukturwandel in der Printmedienbranche nach wie vor nicht abgeschlossen ist und dass die Zeitungen mit einem schrumpfenden Inserateaufkommen und mit sinkenden Leserzahlen zu kämpfen haben. In seinen jährlichen Gesprächen mit der Geschäftsleitung der Tagblatt Medien und der Redaktionsleitung der Thurgauer Zeitung ist für den Regie-



rungsrat aber immer der starke Wille spürbar, diesem Strukturwandel mit Kräften zu begegnen und eine Zeitung für den Thurgau zu produzieren, die viele, aber sicher nicht alle Leserbedürfnisse abdeckt. Nicht wegzudiskutieren ist allerdings auch, dass die Luft für die Redaktionen dünner geworden ist und dass sie mit weniger Ressourcen eine gleiche oder sogar grössere Leistung erbringen müssen, was sich auf die Qualität des Produkts auswirkt. Hier ist eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt worden, die es zu stoppen gilt. Der Medienforscher Stephan Russ-Mohl beschreibt diesen Vorgang in der Sonntagszeitung vom 14. September 2014 wie folgt: „Wenn immer weniger Leute hochwertige Zeitungen kaufen oder abonnieren, schrumpfen zwangsläufig deren Redaktionen. Es kommt zu Einschnitten bei der Qualität, die Glaubwürdigkeit leidet, und dies lässt dann neuerlich die Zahlungsbereitschaft schwinden. In einer Spiralbewegung verdrängt die schlechte Qualität die gute vom Markt.“ Und er kommt schliesslich zum Schluss: „Wenn es den Redaktionen nicht doch noch gelingt, ihre Publika davon zu überzeugen, dass unabhängiger Journalismus Geld kostet, wird es eben keinen solchen Journalismus mehr geben.“

## Frage 2

Wie in der Frage formuliert, ist die Thurgauer Zeitung die einzig übriggebliebene Tageszeitung im Thurgau. Der Regierungsrat hat bereits in einer früheren Interpellationsantwortung darauf hingewiesen, dass dieselbe Situation bereits in vielen anderen Kantonen besteht und insofern nichts Aussergewöhnliches darstellt. In der Diskussion im Grossen Rat vom 15. September 2010 über die Interpellation „Der Zürcher Zeitungsdeal und die Konsequenzen für den Thurgau“ sagte dazu eine Kantonsrätin: „Angesichts der Marktsituation mit langfristig sinkenden Leserinnen- und Leserzahlen und Inserateinnahmen für die Pressepublikationen müssen wir uns glücklich schätzen, wenn wir im Thurgau noch eine Zeitung halten können.“ Selbstverständlich nimmt der Regierungsrat in Gesprächen wahr, dass eine gewisse Unzufriedenheit mit der Thurgauer Zeitung besteht. Diese ist bis zu einem gewissen Grad aber themenbedingt. Eine Zeitung für einen ganzen Kanton ist schlicht nicht in der Lage, alle Bedürfnisse abdecken zu können. Sie hat eine Auswahl nach journalistischen Kriterien zu treffen, und dabei gibt es immer Enttäuschte. Auf der Hand liegt sicherlich, dass mit der Reduktion des Umfangs der Regionalseiten, mit dem Abbau bei der kantonalen Kulturseite und mit der Schliessung des Redaktionsstandortes Kreuzlingen die Zahl der Enttäuschten eher zu- als abgenommen hat.

## Frage 3

Dieser Frage sind zuerst die aktuellen Leserzahlen der AG für Werbemedienforschung (Wemf) für die Thurgauer Zeitung für das Jahr 2014 voranzustellen, die am 8. September 2014 veröffentlicht worden sind. Diese sind in der Tat ungewöhnlich und laufen dem allgemeinen Trend entgegen. Als eine der ganz wenigen Deutschschweizer Tageszeitungen weist die Thurgauer Zeitung eine Steigerung der Leserzahlen vom Jahr 2013 zum Jahr 2014 um zehn Prozent auf 92'000 Leserinnen und Leser aus. Gemäss Angabe der Thurgauer Zeitung könnte diese Schwankung auch auf die Befragungsart zurückzuführen sein. Grundsätzlich wird sich auch die Thurgauer Zeitung dem allgemeinen Trend mittel- und langfristig nicht entziehen können. Deshalb gilt es bei der Frage der



tendenziell schwindenden Leserschaft zunächst, die Gründe dafür zu suchen. Die Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung sind in den vergangenen Jahren insbesondere durch digitale Medien enorm gestiegen. Nicht nur junge Menschen informieren sich bereits weitgehend durch solche, notabene fast ausnahmslos kostenlose Medien, die jederzeit und fast überall auf Smartphones oder Tablets abrufbar sind. Mit dieser Entwicklung sind die Verlage stark gefordert, entweder durch die Einführung von bis heute schwierig zu realisierenden Bezahlmodellen oder dem Aufbau neuer Geschäftsfelder. Der seit längerer Zeit anhaltende Leserrückgang bei Zeitungen ist aber schwer zu stoppen, was zweifelsohne auch staatspolitische Fragen aufwirft, denn unabhängige Medien und Journalismus haben in einem demokratischen System wie der Schweiz eine besondere Bedeutung. Staatliche Organe müssen sich aber auch die Frage stellen, wie sie künftig ihre Informationen und Botschaften an Bürgerinnen und Bürger, die kaum mehr Tageszeitungen lesen, bringen wollen. Zudem ist es unabdingbar, dass sich der Staat den neuen Medien nicht verschliesst, sondern auch über diese Kanäle kommuniziert. Ebenso stellen sich in diesem Zusammenhang - auf Bundesebene - Fragen bezüglich der Presseförderung. So hat der Ständerat im Juni 2012 eine Motion an den Bundesrat überwiesen, die diesen verpflichtet, eine Gesamtschau der schweizerischen Medienlandschaft vorzunehmen und einen Entwurf für die indirekte und direkte Medienförderung zu unterbreiten. Der Bundesrat lehnte dieses Vorgehen zwar ab, weil er zum Schluss kam, dass vorab die Medien selbst Wege suchen müssen, um die laufenden Entwicklungen und die damit einhergehenden Schwierigkeiten zu bewältigen. Und auch die Medien selber sind in dieser Frage uneinig. Die NZZ schrieb in diesem Zusammenhang von der direkten Presseförderung als „medienpolitischem Schreckgespenst, mit dem zwar einige kleinere Verleger liebäugeln.“ Die Mehrheit der Medienfirmen indessen lehnten sie ab, weil sie als Folgewirkung eine Beschränkung ihrer publizistischen und unternehmerischen Freiheit befürchten würden. Der Regierungsrat teilt diesbezüglich sowohl die Ansicht des Bundesrates als auch der Mehrheit der Medienfirmen. In eine etwas andere Richtung tendiert die vor einem Jahr vom Bundesrat geschaffene Eidgenössische Medienkommission (EMEK). Sie hat kürzlich ihre Vorschläge bezüglich Presseförderung präsentiert. Sie erachtet die bisherige, indirekte Medienförderung durch vergünstigte Posttaxen als nicht mehr zeitgemäss. Sie schlägt zwei Massnahmenpakete vor, wobei sie bei einem in den Bereich der medienpolitisch heiklen direkten Medienförderung eintritt, wenn sie vorschlägt, journalistische Startup-Firmen und „herausragende redaktionelle oder journalistische Leistungen“ zu fördern. Dazu bemerkt die NZZ in ihrer Ausgabe vom 6. September 2014: „Entsprechende Massnahmen hat die Mehrheit der Zeitungsverleger stets bekämpft, weil sie eine Einmischung des Staats in die Herstellung von Informationen befürchten.“

## Frage 4

Die Interpellanten nehmen die Antwort auf diese Frage in ihrer Frage 5 eigentlich vorweg. Sie fragen, wie wichtig für den Regierungsrat und für den Kanton Thurgau eine starke, umfassend und ausgewogen informierende Tageszeitung ist. Damit sind die drei Stichwörter benannt, die den Idealzustand beschreiben und die der Regierungsrat von der einzigen Thurgauer Tageszeitung im Grunde genommen erwartet. Für die Medienschaffenden bedeutet das: recherchieren, selektieren, einordnen und aufbereiten. Nun ist es aber so, dass sich Verlage mit ihren Printprodukten in einem freien Markt bewe-

gen, wo sie sich in einem stetig schwierigeren wirtschaftlichen Umfeld behaupten müssen. Insofern ist es wie gesagt ein Idealzustand, der durch den Kosten- und damit verbundenen Zeitdruck beeinflusst wird.

## Frage 5

Für den Regierungsrat ist das sehr wichtig, und es ist ihm ein Anliegen, für die Medien gute Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie stark und unabhängig agieren können. Allerdings hat er bei Printmedien keine weiteren Einflussmöglichkeiten, da sie sich wie oben beschrieben im freien Markt bewegen und es nicht angeht, an wirtschaftlich eigenständige Betriebe Forderungen zu stellen. Das muss auch so bleiben, weil damit die verfassungsrechtlich verankerte Medienfreiheit verbunden ist. Dazu hat sich Regierungsrat Kaspar Schläpfer, der damals für die Medien zuständige Regierungsrat, anlässlich der Diskussion vom 15. September 2010 der bereits erwähnten Interpellation (s. Frage 2) zum „Zürcher Zeitungsdeal“ wie folgt geäußert: «...ich möchte betonen, dass die Medienfreiheit eines der vielleicht wichtigsten Freiheitsrechte in einer Demokratie darstellt. Mit staatlichen Schranken muss man deshalb sehr vorsichtig sein, da sonst die Demokratie gefährdet wird. Bei der verfassungsmässig garantierten Medienfreiheit bestehen rechtlich keine Handlungs- und Eingriffsmöglichkeiten der Behörden.» In diesem Zusammenhang äussert sich die bereits zitierte Medienkommission in ihrem Bericht „Medienförderung: Standortbestimmung und Empfehlungen für die Zukunft“ wie folgt: „Der Staat soll für Rahmenbedingungen sorgen, damit eine Medienlandschaft existieren kann, die den demokratie- wie kulturpolitischen Anforderungen entspricht. Die Medienpolitik und jede Förderung von Medienleistungen haben sich dabei dem Imperativ der Staatsferne aller Medieninhalte zu stellen. (...) Staatliche Einflussnahme auf Medien ist zwingend zu vermeiden.“

## Frage 6

Der Regierungsrat hat seit dem Jahr 2010 insgesamt sieben Gespräche mit der Geschäftsleitung der Tagblatt Medien und Redaktionsleitung der Thurgauer Zeitung geführt, je zwei in den Jahren 2010 und 2011 sowie je eines in den Jahren 2012, 2013 und 2014. Die Gespräche sind ausnahmslos in grosser Offenheit geführt worden. Die Vertreter der Tagblatt Medien informierten den Regierungsrat regelmässig und vor der Öffentlichkeit über die Geschäftsentwicklung mit den Leser- und Inseratezahlen. Der Regierungsrat seinerseits nahm jeweils die Gelegenheit wahr, kritische Punkte insbesondere betreffend der Berichterstattung der Thurgauer Zeitung über den Thurgau anzusprechen.

## Frage 7

Die Medienentwicklung ist ein Teil der wirtschaftlichen Entwicklung. Es ist richtig, dass der Regierungsrat die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons genau beobachtet und sich bei Bedarf dazu äussert. Er äussert sich jedoch nicht regelmässig zur Entwicklung von einzelnen Branchen, wie es die Medien sind. Im Zusammenhang mit den Vorgängen bei der Thurgauer Zeitung hat er sich allerdings im Rahmen von Medienmitteilungen, aber auch bei der Beantwortung von Vorstössen immer wieder - und auch pointiert

- zur Mediensituation im Kanton vernehmen lassen. Dies nicht nur, weil er dazu aufgefordert war, sondern auch, weil ihm bewusst ist, dass die Medien als Wirtschaftsbranche eine besondere Bedeutung für den Kanton und seine Einwohnerinnen und Einwohner hat.

## Frage 8

Der Regierungsrat hat in den vergangenen Jahren wie beschrieben einen intensiven Kontakt mit den Vertretern der Tagblatt Medien und der Thurgauer Zeitung gepflegt. Ein Treffen mit Vertretern der NZZ hat letztmals vor dem Jahr 2010 stattgefunden. Der Regierungsrat wird auch in Zukunft den Kontakt mit den Tagblatt Medien und der Thurgauer Zeitung aufrechterhalten und sich regelmässig mit ihren Vertretern treffen. Beim nächsten Treffen mit den Vertretern der Tagblatt Medien und der Thurgauer Zeitung werden zusätzlich auch Vertreter der NZZ anwesend sein.

Der Präsident des Regierungsrates

*Dr. Claudius Graf-Schelling*

Der Staatsschreiber

*Dr. Rainer Gonzenbach*